



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

131. Ratssitzung vom 5. Februar 2025

4276. 2024/225

Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Johann Widmer (SVP) vom 22.05.2024: Verhinderung weiterer städtischer Subventionen an die Zürcher Kunstgesellschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3205/2024): Beim Kunsthhaus liegt vieles im Argen. Ich habe Kontakt zu einer Person mit Insiderinformationen. Diese Person sagte mir, dass beim Bestand der Sammlung mal genau hingeschaut werden müsste. Es werden scheinbar immer wieder Werke nicht richtig gelistet. Diese Informationen möchte ich in mehreren Vorstössen aufarbeiten. Bei diesem Vorstoss geht es aber darum zu verhindern, dass das Kunsthhaus für die Deckelung von Schulden oder Minusbeträgen zusätzliche öffentliche Gelder beantragen kann. Die ersten Voten des Chairman, der bei BlackRock Inc. arbeitet, in diese Richtung sind bereits gefallen. Er ist scheinbar auch eine Enttäuschung. Er wurde im Kunsthhaus eingesetzt, damit er Verbindungen zu Spenden und Geld herstellen kann. Wenn er die unternehmerische Verantwortung abschieben will und einfach zum Staat rennt, ist das eine falsche Entwicklung. In der Privatwirtschaft springt auch nicht der Staat ein, wenn das Unternehmen schlecht läuft. Die Kunstdirektorin verdient 300 000 Steuerfranken pro Jahr. Auch andere Leute aus der Geschäftsleitung haben eine hohe Vergütung, die man kürzen könnte. Zudem wird neue Kunst gekauft und es werden neue Ausstellungen gemacht, die viel Geld kosten. Wird dieses Angebot von der Bevölkerung nicht angenommen, ist die Kunstdirektorin eine Fehlbesetzung und ihre Konzepte sind nicht schlüssig.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Stadtrat lehnt die Entgegennahme des Postulats ab. Es ist tatsächlich so, dass sich im Kunsthhaus eine sehr herausfordernde finanzielle Situation eingestellt hat. Das hat mehrere Gründe. Einer ist die grosse Schwierigkeit, Sponsoringbeiträge einzuwerben. Diese Schwierigkeit war auch bereits Thema in der Sachkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD). Der Aufwand für die Institutionen ist in den letzten Jahren ungleich angestiegen. Das Sponsoringumfeld ist für alle kulturellen Institutionen extrem schwierig. Zudem fielen ausserordentliche Kosten an. Sie erinnern sich an den Brand. Seit der Eröffnung des Erweiterungsbaus zeichnete sich



ein strukturelles Defizit ab, weil der Personalaufwand durch die Verdopplung der Ausstellungsfläche offenbar unterschätzt wurde. Dazu kamen die Teuerung und die gestiegenen Energiepreise. Wichtig ist aber, dass das Kunsthaus trotz dieser schwierigen Umstände bezüglich Zuschauer- und Zuschauerinnenzahlen höchst erfolgreich ist. Im Jahr 2024 wuchs die Besucherinnenzahl auf über 510 000 an. Das übertrifft die Vorgaben im Subventionsvertrag um rund 30 Prozent. Das Kunsthaus ist beim Publikum sehr beliebt. Das Postulat will in einer grundsätzlichen Art und Weise jede Subventionsanfrage dem regulären Prüfverfahren entziehen. Das würde den Handlungsspielraum der politischen Instanzen massiv einschränken. Das ist weder sinnvoll noch mit einem Postulat möglich.

Markus Merki (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich kann sowohl mit der Vorstellung des Postulats von Samuel Balsiger (SVP) als auch mit der Stellungnahme von STP Corine Mauch herzlich wenig anfangen. 30 Prozent mehr Besuchende sprechen für Mehreinnahmen und wären ein Grund, dass man in Zukunft nicht mehr Geld sprechen müsste. Ein Brand ist normalerweise versichert. Wenn Sponsoring schlecht läuft und die Stadt daher einspringt, ist das eine Einladung an alle kulturellen Institutionen, sich keine Sponsoren zu suchen. Es ist nicht stringent, weshalb wir den Vorstoss ablehnen sollten. Die GLP hat gewisse Sympathien für dieses Postulat, auch wenn es ordnungspolitisch nicht zu 100 Prozent korrekt ist. Wir stellen aber einen Textänderungsantrag: Den ersten Abschnitt würden wir unverändert lassen; den zweiten und dritten Abschnitt, wo es um Lohnreduktionsforderungen geht, können wir nicht goutieren. Wenn die Kunstgesellschaft ein Problem hat, muss sie es selber lösen. Woher die zusätzlichen Gelder kommen, ist für die GLP irrelevant. Wir stimmen dem Postulat mit der Textänderung zu.

Moritz Bögli (AL): Es scheint, dass sich die SVP nicht ganz sicher war, wo der Begründungstext beginnt und wo er endet. Die GLP versucht, das mit einer Textänderung auszubügeln. Für die AL ist der Vorstoss so oder so nicht zu retten. Die SVP fordert den Stadtrat auf, etwas nicht zu tun, das in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Falls der Stadtrat die genannten 4,5 Millionen Franken sprechen wollen würde, müsste er das dem Gemeinderat beantragen. Wenn er das tun sollte, wäre es möglich, diese Forderung inhaltlich anzuschauen und zu entscheiden, ob man sie befürwortet oder nicht. Auch wir äusserten Kritik am Kunsthaus – etwa an der Personalie des Präsidiums oder am Mangel an nicht männlichen Künstler*innen. Wir haben uns noch nicht festgelegt, ob wir einer potenziellen Geldsprechung zustimmen. Aber wir können uns die unnötige Beschäftigung der Verwaltung dazu sparen. Wir lehnen dieses und auch das folgende Postulat ab.

Urs Riklin (Grüne): Ich spreche aus Ratseffizienzgründen zu diesem und den nächsten beiden Traktanden. Die SVP hat richtigerweise einen Diskussionsbedarf über den zukünftigen Betrieb des Kunsthauses sowie der Organisation und Steuerung des Vereins Zürcher Kunstgesellschaft erkannt. Wenn Samuel Balsiger (SVP) Insider kennt, die interessante Informationen zu teilen haben, würde ich empfehlen, diese Personen einmal in die SK PRD/SSD einzuladen. Die Kommissionsmitglieder wären sehr daran interessiert, weil wir über die Herausforderungen der Zürcher Kunstgesellschaft in Kenntnis gesetzt wurden. Die Vorstösse der SVP erachten wir aber nicht als sinnvoll oder zielführend. Wir haben noch keine Kenntnisse darüber, was das Anliegen der Kunstgesellschaft ist und



ob der Stadtrat angesichts der Herausforderungen, vor denen die Zürcher Kunstgesellschaft steht, eine Weisung vorlegen wird. Im Rahmen der Abstimmung vom 9. Februar 2025 sagte die SVP, der Gemeinderat greife in die Staatskasse und sei ineffizient. Solche Vorstösse helfen der Ratseffizienz nicht. Die Grünen lehnen die beiden Postulate ab, sind aber gespannt auf die bevorstehende Diskussion zum Zürcher Kunsthaus.

Leah Heuri (SP): Es ist wichtig, der Zürcher Kunstgesellschaft kritisch gegenüberzustehen. Die Höhe der Subventionen ist eine legitime Frage, über die man diskutieren kann. Aber mit dem Postulat wird ein komplett falscher Ansatz gewählt, indem die Subventionen einfach gestrichen werden sollen. Die Diskussion würde damit in eine Richtung geschoben, die nicht hilfreich ist. Das Kunsthaus ist eine der zentralsten Kunstinstitutionen Zürichs und spielt eine grosse Rolle im kulturellen Diskurs der Stadt. Ohne Subventionen der Stadt müsste das Kunsthaus vermehrt auf populäre und kommerzielle Ausstellungen setzen, während experimentelle und weniger lukrative Formate auf der Strecke blieben. Das würde die kulturelle Diversität stark eingrenzen. Zudem könnte ein Wegfall von Subventionen zu höheren Eintrittspreisen führen, die für viele Leute ein Hindernis darstellen. Kunst und Kultur würde noch elitärer werden. Der Subventionsvertrag regelt zum Glück schon jetzt Vergünstigungen für gewisse Gruppen, die ohne Subventionen ganz verschwinden könnten. Das würde die Inklusivität beeinträchtigen. Ohne Subventionen hätte die Stadt Zürich praktisch keinen Einfluss auf das Kunsthaus und die öffentliche Hand könnte nicht mehr mitreden, was wie umgesetzt wird. Das Kunsthaus schrieb in den letzten Jahren mehrfach ein Defizit. Sie sind sich dessen aber auch bewusst. Es gab Umsatzausfälle wegen Corona, höhere Betriebskosten und die Kosten beim Erweiterungsbau wurden unterschätzt. Der Brand im Jahr 2022 wurde nicht nur von der Versicherung gedeckt, sondern führte auch zu Mehraufwand, weil die betroffenen Werke begutachtet werden müssen. Der Stadtrat hat das gesehen und die Kunstgesellschaft aufgefordert, bis Ende Jahr 2024 eine Dreijahresplanung vorzulegen, die das Defizit bis im Jahr 2027 ausgleichen soll. Die SVP kritisiert im Postulat die hohen Löhne der Führung. Ich bin bei euch, wenn es darum geht, grössere Lohnungleichheiten zu erkennen und gewisse Lohnstufen zu kritisieren. Die SP tut das seit Jahren. Das Postulat suggeriert, dass der Präsident entschädigt wird. Das ist nicht korrekt. Fehlinformationen in einem Postulat sind deplatziert. Zürich braucht Kultur. Kultur braucht Subventionen – nicht als Luxus, sondern als Basis für eine offene Gesellschaft. Daher lehnt die SP beide Postulate ab.

Samuel Balsiger (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: STP Corine Mauch sagte, das Kunsthaus sei sehr erfolgreich unterwegs. Wenn man kurz vor der Pleite steht und weitere Millionen Subventionen erbitten muss, kann man nicht von erfolgreich sprechen. Erfolgreich ist man, wenn die Einnahmen sprudeln und keine Defizite geschrieben werden. Wenn so viele Besucher kommen und es trotzdem ein Defizit gibt, sind die Tickets zu günstig. Setzen Sie die Eintrittspreise doch so an, dass der Betrieb kostendeckend ist. Aber dann würden die Leute wohl nicht kommen. Es gibt im Kunsthaus Kunstwerke, die 100 Millionen Franken wert sind. Scheinbar gibt es keine Liste mit Bewertungen. Vielleicht stellen wir zuerst in der Kommission Fragen, bevor wir Vorstösse einreichen. Ein Vorstoss wäre die Forderung nach einer Inventarliste mit Bewertungen aller Kunstwerke. Ausserdem ist scheinbar eine Rechnung mit Forderungen in der Höhe von



einer halben Million Franken aufgetaucht. Früher unterschrieb die Finanzkontrolle der Stadt Zürich den Revisionsbericht der PwC; seit zwei Jahren tut sie das nicht mehr, weil sie scheinbar spürt, dass etwas nicht stimmt. Wenn das alles wahr ist, dann gibt es noch sehr viel Dreck, der an die Öffentlichkeit gebracht werden muss. Philipp Hildebrand ist ehemaliger Präsident der Nationalbank und Chairman des grössten Finanzverwalters der Welt. Wenn Sie sagen, dass eine solche Person keine Verbindungen herstellen könne und sich die Sammlung von Spenden schwierig gestalte, spricht das dafür, dass beim Kunsthaus etwas nicht gut läuft und Philipp Hildebrand sich die Finger nicht verbrennen will. Wir nehmen die Textänderung an, weil noch weitere Vorstösse folgen.

Roger Föhn (EVP): Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt beide Postulate ab. Es ist nicht alles toll, was bei der Zürcher Kunstgesellschaft läuft. Aber der Weg über diese Postulate ist der falsche. Wir müssen auf eine allfällige Weisung des Stadtrats warten.

Yasmine Bourgeois (FDP): Das Defizit des Kunsthauses ist ein Fakt, den man nicht wegdiskutieren kann. Allerdings stimmten eine grosse Mehrheit des Gemeinderats und die Mehrheit des Volks dem Erweiterungsbau zu. Der Erweiterungsbau hatte höhere Kosten und Ausgaben zur Folge – vor allem beim Personal, Betrieb und der Infrastruktur. Dazu kamen gemäss STP Corine Mauch Altlasten von Covid und Kosten infolge eines Brands. Normalerweise wird für solche Notfälle vorgesorgt. Weshalb das nicht der Fall war, ist unklar. Die Stadt hat mit vier Personen Einsitz im Vorstand. Warum in den vergangenen Jahren nicht kritischer hingeschaut wurde, erschliesst sich mir nicht. Das war auch bei der Roten Fabrik so. Auch dort hätte man ein so grosses Fiasko verhindern können, wenn man in der Vergangenheit genauer hingeschaut hätte. Schaut man den Subventionsvertrag der Stadt Zürich mit der Zürcher Kunstgesellschaft an, werden Diversität und Wokeness fast stärker gewichtet als die Finanzen. Man erwartet die Abbildung der Diversität der Gesellschaft betreffend Geschlecht, Alter und kulturellem Hintergrund sowohl im Programm als auch in der Organisation. Solche Vorgaben sind aus unserer Sicht unnötig. Es sollte um Leistung und Inhalte gehen. Aber anstatt das Kunsthaus hängen zu lassen und städtische Subventionen grundsätzlich zu verhindern, sollte die Stadt mehr Effort in die Struktur und Organisation stecken und dafür sorgen, dass attraktive Ausstellungen mehr Besucher anziehen. Wir stimmen diesem Vorstoss nicht zu.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass die Zürcher Kunstgesellschaft (Kunsthaus) für die Deckung ihrer 4,5 Millionen Franken Schulden weitere städtische Subventionen erhält.

Die Stadt Zürich, die pro Jahr 12,87 Millionen Steuerfranken Subvention spricht, soll ihr Gewicht nutzen, damit in der Zürcher Kunstgesellschaft zukünftig unternehmerische Grundsätze gelten: Wenn der Geschäftsbetrieb nicht erfolgreich läuft, muss die Führung Verantwortung übernehmen und sich die Löhne kürzen, bis die Unterdeckung ausgeglichen ist.

Die Geschäftsleitung mit ihrem Präsidenten Philipp Hildebrand, der auch Vice-Chairman einer der grössten Vermögensverwalter der Welt ist, bekommt jedes Jahr eine Million Steuerfranken und das Gehalt von Kunsthaus-Direktorin Ann Demeester beläuft sich auf über 300'000 Steuerfranken pro Jahr.



5 / 5

Das geänderte Postulat wird mit 27 gegen 89 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat